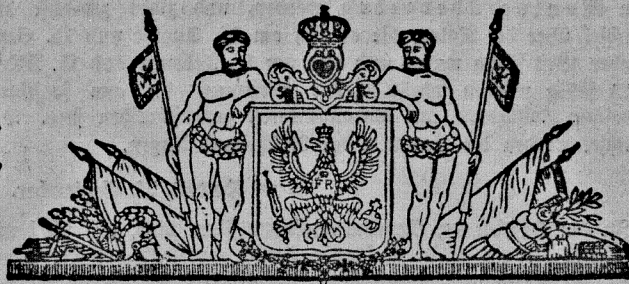


Vossische



Zeitung

8 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Kunstdruck-Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Durch eigene Boten und durch die Post monatlich 160 Mark, unter Streifenband 220 Mark im Inland, 240 Mark nach dem Ausland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streiks kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: Zeile 60 Mark, Familienanzeiger 22 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600-3663; für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686-3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die Schwierigkeit der Orientlösung.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 21. September.

Es bestätigt sich, daß die gestrigen Orientbesprechungen außer dem Beschluß der Abhaltung einer Konferenz kein greifbares Ergebnis gebracht haben. Da die verbündeten Großmächte schon vorher darüber einig waren, daß diese Konferenz früher oder später einberufen werden müsse, kann der Beschluß der Zuziehung Jugoslawiens und Rumaniens als einzig endgültiges Resultat der gestrigen Beratungen bezeichnet werden. Dieses Ergebnis ist nicht überraschend, denn wenn Frankreich auf den Friedenswunsch der Jugoslawen und Rumänen baut, wird England mit einer Abneigung dieser beiden Staaten gegen die Rückgabe von Adrianopel an die Türken rechnen. Frankreich und England haben die Teilnahme der beiden Staaten also in gleichem Maße gewünscht.

In Pariser politischen Kreisen ist man sich darüber klar, daß noch ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden sein werden, ehe von einer Regelung der Orientfrage die Rede sein kann. Man hofft, daß die Kundgebungen der öffentlichen Meinung in England gegen eine militärische Operation die Wirkung haben werden, in der Frage der Räumung des asiatischen Dardanellensystems ein englisches Entgegenkommen zu erzielen. Kenner der englischen Verhältnisse warnen indessen vor der Überhöhung des Einflusses der öffentlichen Meinung und erklären es für durchaus nicht sicher, daß die englische Regierung sich zur Zurückziehung der Truppen bereit finden wird. In den meisten englischen Kreisen hat die Haltung der französischen Regierung scharfe Kritik hervorgerufen, denn man bezeichnet die Überberufung der französischen Truppen vom asiatischen Dardanellensystem als Bruch der Abmachungen über die Befugnisse Harringtons, der allein das Recht habe, über die ihm unterstellten verbündeten Truppen zu verfügen. Man betont ferner, daß das asiatische Dardanellensystem zur neutralen Zone gehört, die von den Türken nach gemeinsamer Abmachung der verbündeten Großmächte in Angora nicht betreten werden darf, und daß eine Räumung von Schanale deshalb nicht möglich ist, so lange Mustafa Kemal-Pascha die Achtung der neutralen Zone nicht fest versprochen hat.

Die Pariser Abendblätter, besonders der „Tempo“ und das „Journal des Débats“ vertreten den Standpunkt, daß Harrington nicht das Recht habe, ohne Einwilligung des französischen und italienischen Kommandos in Konstantinopel über die verbündeten Truppen zu verfügen, und daß Harrington selbst bei Gelegenheiten, die zu einem möglichen Konflikt führen könnten, sich als dem von Marshall Foch geleiteten interalliierten Kriegsrat unterstellt zu betrachten habe.

Eine Havas-Meldung aus Bombay berichtet, daß dort erste Unruhen ausgebrochen seien. Die Straßenbahner streiken. Der Streik bedroht auch die Metall- und Erzindustrie und scheint somit eine allgemeine Streikbewegung nach sich zu ziehen.

c London, 21. September.

Die Minister sind heute zu einer Beratung in Downingstreet ohne Zuziehung von militärischen Sachverständigen zusammengetreten. Man vertrat die Ansicht, daß eine Note Kemal-Paschas eigentlich schon längst vorliegen müßte, da doch ein Waffenstillstand der künftigen Konferenz vorangehen müsse. Vor diesem Kabinettsrat hat Lloyd George eine Abordnung, bestehend aus den Mitgliedern des Generalrates des Kongresses der Trade Unions empfangen, die ihm die Auffassung der englischen Arbeiterpartei in der Orientfrage vortrugen. Die Besprechung hat 1½ Stunden gedauert. Lloyd George hat die Versicherung abgegeben, daß man im Orient keinerlei kriegerische Politik verfolgen werde.

mp Rom, 21. September.

Die Kommentare der hiesigen Abendblätter weichen wesentlich ab von den Kommentaren der Pariser Korrespondenten und zeigen deutlich den Wunsch der Consulta, den Zwischenfall Curzon-Sforza als erledigt anzusehen und ihn wegen des italienischen Erfolges rasch zu vergessen. Der Ort der Orientkonferenz ist noch unbestimmt. Venedig ist aufgegeben, doch würde Italien die Abhaltung auf italienischem Boden begrüßen und darin englischerseits auch eine gewisse Genugtuung erblicken. Wahrscheinlich kommt wiederum die Wahl eines Ortes an der Riviera, nahe der französischen Grenze, in Frage. Auch mit der Hinzuziehung der Kleinen Entente hat sich Italien ausgefohnt. Der „Mondo“ begrüßt sogar die Gelegenheit, das Orientprogramm einmal positiv kennen zu lernen. Obwohl ein abschließendes Resultat der Pariser Konferenz noch nicht vorliegt, nehmen die Blätter allgemein an, daß

kaum mehr Schwierigkeiten zu erwarten seien. Die Einberufung der Orientkonferenz würde sodann nur noch eine Frage von Tagen sein.

Der „Mondo“ meldet aus Konstantinopel, dort gehe das Gerücht eines bevorstehenden nationalistischen Staatsstreiches gegen den Sultan um, so daß die Konstantinopler Führer der Rechtsparteien um ihre Freiheit besorgt sind und ihre Verhaftung befürchten. Man glaube nicht, daß Angora die Aktion fortführen werde, bevor nicht die Vorschläge der Alliierten angehört worden seien. Inzwischen rücken jedoch fünf Divisionen Kemal auf Ismed vor, drei Divisionen sind zwischen Panderma und Galikassar konzentriert. Das englische Kriegs-

schiff „Iron Duke“ wurde von Smyrna zurückgezogen und hat gegenüber von Schanale Aufstellung genommen.

Sofia, 21. September.

Wie die bulgarische Telegraphen-Agentur meldet, hat der Ministerrat beschlossen, die Sobranje auf den 2. Oktober einzuberufen. Gegenstand ihrer Beratungen wird u. a. auch ein Gesetzesvorschlag betreffend die Veranstaltung eines Referendums über die Verletzung der Mitglieder der früheren Regierungen in den Anklagezustand sein.

Die ehemaligen Minister, die in Tirnowo in Schutzhaft genommen worden waren, sind nach Sofia zurückgebracht und auf freien Fuß gesetzt.

Die neue Außenpolitik Sowjet-Rußlands.

Eine Unterredung mit dem Außenminister Tschitscherin.

Der russische Volkskommissar Georg Tschitscherin verläßt nach längerem Aufenthalt Deutschland. Vor seiner Abreise gab er dem Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“, Professor Ludwig Stein, folgende Erklärungen ab, die den Standpunkt der russischen Außenpolitik begründen sollen:

Der Augenblick, in welchem ich das gastliche Berlin verlasse, um meine Amtstätigkeit in Moskau nach Wiederherstellung meiner Gesundheit wieder aufzunehmen, ist im Bereiche der Weltpolitik ein hoch bedeutsames Moment. Die westeuropäische Krise nimmt immer ausgesprochenere Dauerformen an, während die Krise im nahen Osten in den letzten Tagen in ein akutes Stadium getreten ist. Im gleichen Moment nun tritt Rußland mit einer aktiven Außenpolitik hervor. Der „Paria-Staat“, er während seines Bestehens von weltpolitischer Mitarbeit gewaltsam ausgeschaltet worden ist, behauptet jetzt aus eigener Kraft diejenige Stellung und nimmt sie für sich in Anspruch, die ihm infolge seiner weltpolitischen Lage zukommt. Rußland tritt von nun ab als Machtfaktor ersten Ranges wieder in die Erscheinung.

Der Periode der absoluten Blockade folgte die Phase der Verträge mit den Nachbarstaaten, in denen Rußland nur die aller-nächsten und unmittelbaren Grenzinteressen geschützt hat. Eine weitere Stufe bildeten die Handelsverträge, in denen Rußland seine Beziehungen zu den Großmächten ausgestaltet hat, aber nur im Bereiche seiner unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen. In Genua ist das neue Rußland zum ersten Male als ein ebenbürtiger Teilnehmer neben allen übrigen Staaten weltpolitisch hervorgetreten, und es hat bei diesem Anlaß sein eigenes Programm für die Wiederherstellung der Welt aufgestellt. Heute geht Rußland einen Schritt weiter. Es verlangt, mitbestimmend teilzunehmen an den aktuellen Entschlüssen der großen Völkerfamilie, soweit seine Interessen in Frage kommen.

Auch in den vorangegangenen Phasen hat die russische Regierung immer ihr Beto den anderen Regierungen gegenüber ausgesprochen, sobald russische Interessen berührt wurden, ohne daß Rußland teilgenommen hätte. Zum Beispiel hat die russische Regierung nach der Konferenz über die Alandsinseln erklärt, daß sie diese Beschlüsse nicht beachten werde. Vor der Washingtoner Konferenz hat die russische Regierung die Mächte in einer Zirkularnote darauf hingewiesen, daß Vorschläge über den nahen Osten ohne russische Teilnahme keinen praktischen Wert haben würden. Jedes Mal, so oft der Völkerbund in internationalen Angelegenheiten mit Rußland in Berührung kam, erklärte Rußland, daß es den Völkerbund nicht anerkenne und sich völlig freie Hand vorbehalte, und zwar in allen Fragen, wo auf Entscheidungen des Völkerbundes verwiesen werden sollte. Es ergibt sich aber daraus von selbst, daß Versuche, weltpolitische Fragen ohne Rußland lösen zu wollen, zur Ohnmacht verurteilt sind. Rußland hat die Blockade, die Intervention und den Hunger überstanden, so daß es beginnt, sich aus seiner schweren Krise emporzuarbeiten. Dieses Jahr war das erste völlige Friedensjahr von normaler Entwicklung für Rußland. Die Früchte werden nicht ausbleiben.

Aktive Politik, wie wir sie nunmehr in Angriff nehmen, bedeutet in unseren Augen keineswegs aggressive Politik. Die tausendfach auftauchenden Gerüchte über angebliche Heben von Trögtli oder Beschlüsse der Sowjetregierung, die Rote Armee gegen den Westen in Bewegung zu setzen, beruhen durchweg auf böswilligen Erfindungen. Rußlands Außenpolitik verfolgt zwei Zwecke: erstens die Sicherheit seiner Grenzen, zweitens die Hebung seiner Produktion. Deswegen bezeichnen wir unsere auswärtige Politik als Produktions-Politik. Ein dritter Zweck allgemeiner Politik, nämlich Machterweiterung, liegt Sowjetrußland vollkommen

fern. Die Sicherheit unserer Grenzen zu schützen, bedeutet in unseren Augen nicht nur ein freundschaftliches Verhältnis zu unseren Nachbarn, sondern auch politische Kombinationen, die eine gesicherte internationale Lage für Rußland schaffen. Wir verstehen darunter die Vereitelung von Umtrieben, die gegen uns gerichtet sind, ferner feindliche Koalitionen gegen uns, denen wir vorbeugen haben, endlich Hintanhaltung solcher Verhältnisse an den benachbarten Küsten, die Rußland bedrohen könnten.

Was nun unsere Produktionspolitik angeht, so bedeutet sie nicht nur freundschaftliche Beziehungen zu allen übrigen Staaten, sondern auch Herbeiführung solcher Bedingungen der allgemeinen Politik, welche die Entwicklung unserer Produktion begünstigen, das heißt die endgültige Lösung der europäischen Krise. Als z. B. infolge dieser Krise der rapide Marktfurz erfolgte, war die erste Folge für uns, daß wir die erhoffte Unterstützung nicht finden konnten.

Der Gegensatz zwischen Rußland und den übrigen Weltmächten ist der, daß die Sowjetrepublik keine Expansionspolitik treibt. Sie fordert vielmehr das brüderliche Zusammenarbeiten aller Völker. Infolgedessen ist Rußland der natürliche Freund aller derjenigen Völker, welche in ihrer Erstanz bedroht sind oder die für ihre Freiheit kämpfen. Das Prestige Rußlands in Asien beruht nicht auf der gepanzerten Faust, sondern auf der Idee der asiatischen Völker, daß sie im russischen Volke unerschütterliche Freunde haben. Die Interessen der Sicherheit des russischen Staates sucht unsere Regierung dadurch zu wahren, daß wir Freundschaft mit denjenigen Völkern unterhalten, welche auf die Realisierung dieser Interessen einwirken können.

Als eine Macht, die ihre eigene territoriale und ideale Grundlage hat, stellt sich Rußland der übrigen Welt gegenüber, in welcher England und Frankreich die vorherrschenden Mächte sind. Die Sowjetrepublik verfährt dabei nach dem Grundsatz: actio est par reactioni. Wir vergelten Gleiches mit Gleichem. Beiden Weltmächten gegenüber gilt dieser Satz. Aber seine Anwendung und Auswirkung auf diese beiden Mächte erfolgen auf der Grundlage verschiedener Verhältnisse. In der ersten Periode unseres Bestehens war Frankreichs Politik uns gegenüber immer die einer schrankenlosen Feindschaft, während England im Gegensatz zu Frankreich von Anfang an mit uns eine gewisse Fühlung gewonnen und aufrechterhalten hat. Vergessenswürdig: französische Offiziere aus Moskau in der Periode nach Presti-Ditowitsch ihrer Regierung klarzumachen, daß in Rußland eine neue Militärmacht sich bilde, mit der sich in Verbindung zu setzen, Frankreichs Interesse erheischt. Marquis de Lubersac, der französische Senator, der jetzt das Abkommen mit Stinnes getroffen hat, kam im April 1918 zu mir nach Moskau, wobei er mit großer Begeisterung von der im Entstehen begriffenen Roten Armee sprach und erklärte, daß Frankreichs Interesse erfordere, dieser Erscheinung besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Aber die Politik von Clemenceau und Rouleus zerstörte diese Versuche anpassungsfähiger Elemente, eine Fühlungnahme mit Sowjetrußland anzubahnen.

Nach dem Beginn der aktiven Intervention vereinigten sich beide Großmächte gegen uns, wobei nach unwiderprochener Meldung russischer Weißgardisten der Norden Rußlands der Einflußsphäre Englands anheimfiel, während der Süden der französischen Einflußsphäre zugeteilt wurde. Lloyd George aber begann sehr bald, wiewgleich in Sizdadintien, die Politik der Handelsbeziehungen mit Rußland herzustellen, wobei er den Standpunkt vertrat, daß man den Bolschewisten am besten durch den Handel zu zähmen vermag. Ich habe persönlich wiederholt in meiner Ansprache an das Zentral-Exekutivkomitee dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß unsere Regierung und die englische verschiedene Prognosen über den Garg der Entwicklung haben können, aber praktisch sich doch in der Lösung zusammenfinden können: „Peace and trade“ (Frieden und Handel). In Genua ist der